

Aufforderung zur Bezahlung der noch rückständigen Brandcaffenbeiträge, Grundsteuern oder Ablösungsrenten.

Alle diejenigen Steuerpflichtigen dieser Stadt, welche sich mit Brandcaffenbeiträgen, Grundsteuern oder Ablösungsrenten noch im Rückstand befinden, werden hierdurch aufgefordert, dieselben baldigst und spätestens bis zum 5. Mai d. J. an hiesige Stadtkasseneinnahme zu bezahlen, widrigenfalls man sich genöthigt sehen würde, sofort militärische Execution eintreten zu lassen.
Schneeberg, am 28. April 1873.

Der Stadtrath.
Jähnichen, Stadtrath

Tagesgeschichte.

W o r t s a u

Bilder in der allerbuntesten Weise, in der wunderbarlichsten Abwechslung bringt unsere Zeit, das muß wahr sein. Und dabei bedrängt ein Bild das andere in der raschen Folge, so daß man oft kaum im Stande ist, dieselben rasch und bunten Wechsel zu folgen. So beschäftigte sich die Welt noch vor acht Tagen vorzugsweise mit der bedenklichen Krankheit des heiligen Vaters und erwartete jeden Tag die Nachricht von seinem endlichen Hinschied in das Land, wo ihn sein einkliger Vorgänger Petrus wohl kaum mit sonderlich freundlichen Mienen die Pforten öffnen dürfte, weil er sich zum „Unfehlbaren“ krönte, sich also hoch über Petrus stellen ließ; in der verfloffenen Woche war aber die schwere Krankheit des Papstes schon eine „alte Geschichte“ und ein ganz anderes Bild beschäftigte die Zeitungsläser: ein Bierkrach aus dem ff, ein Bierkrach in der rohesten und großartigsten Weise, wie kaum noch einer dazwischen, da die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich. Frankfurt am Main wollte nicht unter Mannheim zurück bleiben und wollte auch seinen Bierkrach haben; aber — o weh! und o Schande! — was für einen? 14 Tote, etliche 40 Verwundete, an 200 Gefangene und eine große Anzahl demolirter Bauereien und Bierwirthschaften sind die traurigen Folgen des Frankfurter Bierkrachs am 11. April. Derartige Vorkommnisse sind sehr traurige Zeichen unserer Zeit und erinnern an die rohesten Zustände und Sittenverfalls im rohen Mittelalter. Leider haben die bisherigen Erhebungen über die Entschädigung und Entwidlung der großen Ereignisse in Frankfurt so ziemlich sehr herausgehört, daß hier eine planmäßig vorbereitete Bewegung vorliegt. Schon seit dem Mannheimer Bier-Tumult sollen in den Nachbarorten von Frankfurt ganz bestimmt aufstrebende Geistesverbreitung gewesen sein, Frankfurt sei dazu bestimmt, am 2. April eine verstärkte Auflage des Mannheimer Versuchs zu erleben. Und der Krach soll ganz gleichzeitig auf verschiedenen Punkten und wurde in einer Weise betrieben und fortgesetzt, die an einer oberen Leistung des Ganzen wohl kaum weichen läßt. Die Hauptkrawaller waren meistens junge Leute aus den Nachbarorten, denen es wohl eigentlich ganz gleichgültig sein kann, wie theuer das Bier in Frankfurt ist.

Die schönen Osterferien unserer deutschen Reichsboten waren mit dem 20. April zu Ende gegangen und so hat Montags, den 21. April der deutsche Reichstag seine Sitzungen wieder aufgenommen. Doch sah es in der ersten Sitzung nach dem Frieden (der 16. Sitzung überhaupt) noch unangenehm lückenhaft auf den Bänken aus, ja 15 süddeutsche Abgeordnete nahen sich an diesem Tage von Leipzig aus telegraphisch beim Präsidenten entschuldigen lassen, weil sie in Leipzig den Abgang des Bahnzuges nach Berlin veräumt hatten. Auf der Tagesordnung stand: „einige Abänderungen des Gesetzes über das Posttarifgesetz.“ Da aber noch eine große Anzahl Abgeordneter fehlte, so wurde die zweite Beratung des Münzgesetzes von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und die Sitzung geschlossen, nachdem nach ganz kurzer Debatte die Abänderungen des Gesetzes über das Posttarifwesen angenommen worden war. In der 17., 19. und 20. Sitzung stand die zweite Beratung des Münzgesetzes auf der Tagesordnung. Es ging in diesen drei Sitzungen sehr lebhaft her, denn es wurden Anträge auf Anträge gestellt, die theilweise gewaltig von einander abwichen. Soll ein Fünftelmarskstück aus Gold oder Silber geprägt werden? Ueber diese Frage regte es heisse Debatten, bis endlich beschlossen wurde: es sollen Fünftelmarskstücke (gleich 1 Thlr. 20 Ngr.) aus Gold aber auch aus Silber ausgeprägt werden. Dann entspann sich eine lange Debatte um die Frage, ob neben dem Fünftelmarskstück und dem Einmarkstück noch Zwischensorten zu schaffen seien und welche? Das 2-Markstück kämpfte mit dem 2½-Markstück: einen Kampf auf Leben und Tod, bei welchem letzteres aber schließlich unterlag, da es kaum ein Duzend Stimmen für sich gewann. Aber auch das 2-Markstück kam knapp mit dem Leben davon, als ihm seinerseits die Berechtigung zur Ersetzung freitig gemacht ward vom Bundesrathliche aus, wo man darauf Gewicht legte, die Marktheil rein und unvermischt zu erhalten, da durch die Einführung von 2-Markstücken ein Schwanken zwischen Mark- und Gulden (2-Mark-) Einheit herbeigeführt werden möchte. Die Furcht vor der Importation des österreichischen Guldens und der Hinausleitung unserer Golds durch denselben spielte bei diesem ganzen Streite eine große Rolle. Das Sonderbarste dabei war, daß sowohl die Vertreter des 2½-Markstückes und des 2-Markstückes, als der einfache Mark, einander gegenseitig Schuld gaben, daß durch ihren Vorschlag diese Importation gefördert werde, während eben so wetteifernd verkürt ward, man denke nicht daran, etwa gegen Oesterreich eine Feindseligkeit hegen zu wollen, im Gegentheil hoffe und wünsche man, Oesterreich werde die Umgestaltung des deutschen Münzwesens dazu benutzen, um auch seinerseits von der Papierwirthschaft wieder zur Baargeldwirthschaft zurückzukehren. Die Abstimmung über das 2-Markstück ergab keine sichere Majorität, weder für noch gegen, so daß zum Namensaufruf geschritten werden mußte. Dieser führte zu dem von der Versammlung mit eben so viel Befriedigung als Heiterkeit aufgenommenen Resultat, daß genau 192 Mitglieder (gerade die beschlußfähige Zahl) anwesend waren. Von diesen hatten 98 für, 94 gegen die Doppelmark gestimmt. Es steht zu vermuten, daß diese wichtige Majorität bei der dritten Lesung sich in eine Minorität verwandeln wird, wenn der Bundesrath, wie wahrscheinlich, auf seinem Widerspruche gegen die Doppelmark beharrt. Von den Scheidemünzen unter 1 Mark wurden die 50-, 20- und 10-Pfennigstücke genehmigt. Leicht möglich, ja wahrscheinlich ist aber, daß bei der dritten Lesung des Münzgesetzes mehrere der bei der zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse wieder abgeändert werden. In der 18. Sitzung des Reichstages stand der von den Reichstagsabgeordneten Böttcher-Ginschius eingebrachte Antrag „auf Einführung der Civilmarke im deutschen Reich“ auf der Tagesordnung. Nach längerer warmer Debatte wurde der Antrag an eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen. Vergebens waren die Anstrengungen der Alerikalen, das Haus in dieser Frage für incompetent zu erklären. Gleichwohl wird sich Niemand über das Endschickal dieses Entwurfs täuschen, welcher dem Bismarckischen „System“ ebenso zuwider ist als den

Ultramontanen. So wird denn die Commissionsarbeit auch wieder etwas Materialzufuhr für den bundesträthlichen Papierford liefern und mit dem Bismarck'schen Bräuhung hat's zur Zeit noch gute Wägung.

So wie der deutsche Reichstag nahm auch der preussische Landtag in der verfloffenen Woche seine Sitzungen wieder auf. Ramentlich ging es im Herrenhaus: sehr rührig her. Der Gesammtentwurf über die Aufhebung der Kinder- und Zehntsteuer, den das Abgeordnetenhaus angenommen hatte, wurde vom Herrenhause, wie zu erwarten war, — abgelehnt! Der Preuss. soll nach Ansicht dieser Herren, — keine Erleichterung werden. Die Preuss. mag — gekanntem Weise entschieden austrat, wurde die Kirchensteuervorlage über die Vorbildung der Geistlichen in der Fassung der Rangvorlage angenommen.

Oesterreich. Am 24. April wurde der Reichstag, durch den Kaiser mit einer Thronrede geschlossen. Die Thronrede drückte die Befriedigung des Kaisers aus über das einmüthige Zusammengehen des Reichsraths und der Regierung, namentlich aber wurde das Zustandekommen der Wahlreform hervorgehoben. Zum Schluss wurde die höchst erfreuliche Zunahme des Reichthums Oesterreichs hervorgehoben und der ungetrübt Friede in Europa's betont.

Frankreich wurde in der ganzen verfloffenen Woche durch die Reichswahlen zur Nationalversammlung in Athem gehalten, die Sonntags, den 27. April, stattfanden. Vor allen Dingen aber beschäftigte die Reichswahl in Paris alle Gemüther, weil sich dort der gemäßigtere Republikaner, M. Ruffat, und ein Candidat der äußersten Linken, der Emancipator von Lyon, Barodet einander gegenüber standen. Die Partei der äußersten Linken, deren Candidaten den Sieg zu verschaffen. Wahlversammlungen auf Wahlversammlungen fanden in Paris statt, wobei es mitunter nicht nur sehr heiss, sondern auch hässlich und tumultuarisch berging. An gegenseitigen Vorwürfen, Brandanschuldigungen und — Beschimpfungen ließ man es dabei natürlich nicht fehlen. Ob endlich Ruffat oder Barodet gesiegt hat, werden wohl in dieser Stunde, wo diese Zeilen gedruckt werden, die Telegraphendrähte durch alle Herren Länder tragen. Ruffat oder Barodet siegen, jeder Sieg bringt bitteres Zwiespalt in die Partei der Republikaner und macht den Riß zwischen den gemäßigten (conservativen) und den Heiß- und Vollblutrepublikanern nur noch größer.

Aus Spanien brachte die verfloffene Woche wieder nur Nachrichten voller Widersprüche; doch scheint es mit den Karlisten doch langsam den Krebsgang zu gehen. — Auf den 10. Mai sind die Wahlen zur Constituyente und auf den 1. Juni der Zusammentritt derselben von der Regierung festgesetzt.

Italien war in der verfloffenen Woche vorzugsweise mit der Krankheit des heiligen Vaters beschäftigt, um so mehr, da die Nachrichten über das Befinden des Papstes Tag für Tag einander so ganz widersprechend lauteten. Ob er bald dem Tode nahe sein, hute hitte er wieder das Bett verlassen; bald leidet er an unheilbarer Schwäche u. dgl., bald soll seine Krankheit nur eine leicht vorübergehende sein. In der Welt wird eben alles zur Parteiliche gemacht, selbst die Krankheit des heiligen Vaters. Jede Partei berichtet über die Krankheit des Papstes, wie es für ihre Partei von Vortheil ist.

Aus der Türkei brachte die neueste Nr. der „Reform“ ein sehr bedeutungsvolles Telegramm, welches also lautet: Konstantinopel: Eine große Katastrophe steht zu befürchten. Es herrscht große Erregtheit. Eine Verschwörung gegen den Sultan ist constatirt. Der neuernannte Großvezir befürchtet eine Palastrevolution und erwartet jeden Augenblick seine Entlassung. Die Verwirrung ist allgem. Die Gesandten stehen ratlos da. Wie viel an dieser Nachricht Wahrheit ist, werden die nächsten Tage aufklären.

Aus den Vereinigten Staaten melden die neuesten Nachrichten, daß dort die Saaten ganz ausgezeichnet stehen und zu der Hoffnung berechtigen, daß die diesjährige Ernte eine sehr reich gesegnete sein werde.

Deutschland.

Berlin, 25. April. Der Ausschuss des Deutschen Handelstages hat bekanntlich beschlossen, durch seine Mitglieder eine möglichst umfassende Streifenstatistik aufstellen zu lassen. Mit Bezug hierauf hat sich der Handelsminister an die Handelskammer zu Breslau folgende Zuschrift gerichtet: „Von dem bestehenden Ausschuss des deutschen Handelstages ist mir das Schreiben mitgetheilt, welches derselbe behufs Sammlung des statistischen Materials über die Statistik an seine Mitglieder erlassen hat. Ich kann nur wünschen, daß es angingen möge, auf diese Weise ein möglichst vollständiges und zuverlässiges Bild von den einschlagenden Verhältnissen zu gewinnen, und spreche daher den Handelsvorständen den Wunsch aus, daß sie der Aufforderung des bestehenden Ausschusses des Deutschen Handelstages nach Kräften nachkommen mögen.“

Berlin, 26. April. Der Reichstag beendete heute die zweite Lesung des Münzgesetzes. Auf Anfrage theilte Minister Delbrück mit, daß der augenblickliche Goldbestand in den Reichskassen 85 Millionen betrage und daß der Reichskanzler in dem demnächst vorgelegenden Reichsetat zur Deckung der Ausgabungskosten und des Verlustes bei dem Silberverkauf und Goldankauf einen besonderen Betriebsfond fordern werde, wobei die Frage über Emission von Reichsmünzzeichen mit berathen werden könne. Die Reichsregierung beabsichtigt zur Beschleunigung der Goldausprägung die Wiederherstellung der Straßburger Münzstätte.

Berlin, 26. April. Aus guter Quelle verlautet, der Reichskanzler habe den Wunsch ausgesprochen, daß die weitere Berathung über den Entwurf eines Reichspressgesetzes im Reichstage bis nach seiner Rückkehr aus St. Petersburg verschoben werden möge.

In Berlin schwankt gegenwärtig das politische Interesse zwischen dem deutschen Reichstage und dem preussischen Herrenhause hin und her. Die überwiegende Aufmerksamkeit lenken aber begreiflicherweise die Verhandlungen des Herrenhauses über die Reichsgesetze auf sich. In der letzten Sitzung der Berathung des Reichstages und Anstellung der Reichskassen hat sich der Reichstag dem Reichstage noch einmal Koon und Fall das Wort, um aufs nachdrück-

lichte zu
Ultramont
Aufflärun
Fassu n de
Dr
psang d-s
glge, was
bleiben so
fuhr er fo
Nachfolger
Conclave
Bordorhan
was in
— Str
Vasst's a
lassungen
Heiligm
geschicht
Der
geldzuschü
bis nicht
wischschü
lage ist d
Beamten
lagen so
mir die G
Sve
katholism
bericht, v
weigerte
als di-
Am
ein präsi
teere Loc
mit folch
Theil wert
die schre
Beine, so
kommnis.
Zugführer
soll 40 u
Gan
tag) seht
Wähler n
ben. No
zu gemin
Ramen F
stid swig
Er gab u
besser n
„Barbare
In
gehen. I
zu, das
Benedicte
Donapirt
Republik
feien, un
mus und
betrifft,
den gew
Richtun
B
lende M
fellschif
in di- W
4
Schnel
catastere
der B